

Kommunalwahlen 2008

Demokratie stärken - Rechtsextremismus abwehren!

Eine Veranstaltungs- und Fortbildungsreihe des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam (MMZ), dem Mobilien Beratungsteam (MBT) von demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

„In der kommunalen Politik spiegelt sich oft die gesellschaftliche Realität viel stärker wieder als in Wahlergebnissen oder Umfragen. Und der Umgang mit rechtsextremen Werten, Strukturen und Gewalttaten vor Ort ist vielleicht ein viel deutlicher Ausdruck des Klimas in den Regionen Ostdeutschlands, als viele wahrhaben wollen: Wie weit ist die Akzeptanz von Demokratie und Freiheit entwickelt? Wie offen, tolerant und solidarisch verhalten sich die Menschen? Wie offen sind sie Neuem und Fremden gegenüber? Wie selbstbestimmt und eigenständig agieren die Menschen? Wie werden Unterschiede und Konflikte wahrgenommen, als Chance oder Problem? Dies sind alles keine Fragen, die ausschließlich Bezüge zum Thema Rechtsextremismus haben, die aber in diesem Zusammenhang beantwortet werden müssen und gleichzeitig Probleme der Wirtschaftsentwicklung, der politischen Entscheidungsfindung, der Bildung und der Kultur aufwerfen.“ (Holger Zschoge 2001)¹

Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2008 ist zu erwarten, dass rechtsextreme Parteien oder Listenverbindungen in einzelnen Kommunen bzw. Landkreisen sich zur Wahl stellen werden.

Rechtsextreme haben in der Regel ein rein instrumentell-taktisches Verhältnis zu unserer Demokratie und zur parlamentarischen Arbeit. Wie Erfahrungen zeigen, nutzen Sie die Parlamente überwiegend als Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda und zum Ausbau ihrer organisatorischen Strukturen vor Ort. Die Kommunalwahlen 2008 sind für die Rechtsextremen ein wichtiger Meilenstein vor den Landtagswahlen 2009. Im Jahr 2009 entscheidet sich, ob es der rechtsextremen *Deutschen Volksunion* (DVU) ein drittes Mal gelingen kann, in den Brandenburger Landtag einzuziehen oder ob - sollte die *Nationaldemokratische Partei* (NPD) antreten - die NPD in einem weiteren ostdeutschen Bundesland eine Landtagsfraktion bilden kann.

Demokratische Parteien, Listenverbindungen und Einzelpersonen müssen sich in den Wahlkämpfen auf Provokationen seitens der Rechtsextremen einstellen. Rechtsextreme Kandidaten sollten nicht als gleichwertige Konkurrenten im demokratischen Wettbewerb betrachtet werden, gemeinsame Wahlkampfauftritte (z.B. Podiumsdiskussionen) sollten unbedingt unterbleiben. Dennoch wird sich die Konfrontation mit Rechtsextremen und ihren Positionen nicht immer vermeiden lassen, so etwa auf Bürgerversammlungen oder am Wahlinfostand. Hier müssen Demokra-

¹ Geschrieben von Holger Zschoge 2001 im Aufsatz „Küßt die Faschisten?“ im Buch „Tut was! - Strategien gegen Rechts“.

ten Farbe bekennen und Argumente parat haben - Ein profundes Wissen über rechtsextreme Parteien und ihre Inhalte sind dafür unbedingt erforderlich.

Das Aktionsbündnis bietet in Zusammenarbeit mit dem MMZ, dem MBT Brandenburg und der MBR Berlin drei Veranstaltungsmodule an, um zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Parteien und Listenverbindungen vor Ort die Möglichkeit, sich entsprechend weiter zu bilden und vorzubereiten. Die Veranstaltungen können sowohl öffentlich als auch intern durchgeführt werden. Die Module sind kombinier- und erweiterbar, andere Themenstellungen sind nach Absprache grundsätzlich möglich.

Modul 1

In Zeiten der Kommunalwahl - Kampf um die Parlamente

Umgang mit rechtsextremen Anmietversuchen von öffentlichen Veranstaltungsräumen, Umgang mit rechtsextremistischen Besuchern bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen und ähnliche Fragen

Die Kommune ist der Ort, an dem die Auseinandersetzung zwischen rechtsextremer Agitation und demokratischen Gegenkräften am unmittelbarsten erfolgt. Kommunales und zivilgesellschaftliches Handeln ist gefordert. Wie gehen wir vor Ort im Wahlkampf konkret mit unterschiedlichen rechtsextremen Provokationen und Interventionen um? Wie lässt sich auf legale Weise rechtsextreme Propaganda einschränken ohne gleichzeitig auch den demokratischen politischen Kräften ihren Wahlkampf zu erschweren?

Modul 2

Rechtsextreme Parteien und ihr neonazistisches Umfeld -

Erfahrungen aus den Wahlkämpfen 2006 und 2007 und Bilanzen aus der Arbeit der NPD in Landtagen anderer Bundesländer, sowie Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin

Wie traten NPD im Bündnis mit DVU und vor allem den offen neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ in den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre in anderen Bundesländern auf? Auf welche Weise verbanden sie gemäßigte politische Forderungen mit Sozialdemagogie, Rassismus und Antisemitismus? Mit welchen Mitteln wurden die Wahlkämpfe geführt? Wie gestalten sie ihre Arbeit in gewählten kommunalen Gremien (BVV)? Welche Lehren können wir für Brandenburg daraus ziehen? Wie können aktuelle Strategien der NPD aussehen?

Modul 3

NPD und DVU -

Strategien, Hintergründe, aktuelle Entwicklungen

Für viele Bürgerinnen und Bürger sind NPD und DVU ganz normale Parteien - nur eben „rechts“. Und so schlimm können die ja auch nicht sein, schließlich sind sie ja „zugelassen“....

Aber was wollen NPD und DVU wirklich? Über welche Geschichte verfügen diese in der Bundesrepublik schon vor Jahrzehnten gegründeten Parteien? Welche Inhalte vertreten sie? Welche Ziele verfolgen sie? Und wie würden unser Gemeinwesen, unsere Gesellschaft und unser Staat aussehen, sollten diese Kräfte eines Tages die Macht erringen?

(Das Modul ist teilbar: mit dem Schwerpunkt DVU oder NPD.)